

Stabilität und Wachstum

2011 – 2014: Eine positive Zwischenbilanz für Berlin



Berlin **Fraktion
SPD**



Inhalt

Vorwort	5
Gute Bildung, sozialer Aufstieg	6 – 11
Wachsende Wirtschaft, faire Löhne	12 – 15
Stabile Finanzen, weniger Schulden	16 – 19
Mehr Wohnungsbau, lebenswerte Kieze	20 – 23
Bessere Daseinsvorsorge, mehr Gemeinwohl	24 – 27
Sichere Stadt, starke Polizei	28 – 31
Spannende Kultur, kreative Szene	32 – 35
Soziale Verantwortung, gesundes Berlin	36 – 43
Die Abgeordneten der SPD-Fraktion	44 – 45



„Berlin wächst. Weil wir eine Stadt für alle wollen, denken wir wirtschaftlichen Erfolg immer zusammen mit sozialer Verantwortung. Kluge Investitionen in die Zukunft sind uns genau so wichtig wie stabile Finanzen.“

Raed Saleh, Vorsitzender der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses

Berlin ist liebenswert, lebenswert und niemals langweilig. Wir machen die Stadt noch stärker.

Wir arbeiten dafür, dass alle Menschen in Berlin eine gute Perspektive haben. Obwohl wir erst in der Mitte der laufenden Wahlperiode sind, haben wir schon viel bewegt:

- den Wohnungsneubaufonds
- den Rückkauf der Wasserbetriebe und die Wasserpreissenkung
- den Start der Stadtwerksgründung
- das Landesmindestlohngesetz
- das Brennpunktschulprogramm
- den verstärkten Kitaplatzausbau
- die Verdopplung der Schulsanierungsmittel
- mehr Stellen für Polizei, Feuerwehr, Landeskriminalamt und Justiz
- die neue Liegenschaftspolitik
- einen Landeshaushalt ohne neue Schulden

Mehr Informationen gibt es auf den folgenden Seiten.



Gute Bedingungen für gute Bildung sollen Kinder wie Maël und Romy und auch alle anderen Berliner Kinder in jedem Alter erhalten – Dafür setzen wir uns ein!

Bildung ist der Schlüssel zu einem erfolgreichen Berufs- und Lebensweg. Wir arbeiten dafür, dass alle Kinder die bestmögliche Förderung erhalten und sozialer Aufstieg für jedes Mädchen und jeden Jungen möglich ist:

- **10.000 neue Kitaplätze** sind in dieser Legislatur bereits entstanden. Weil frühkindliche Bildung wichtig für den Lernerfolg in der Schule ist, investieren wir weiter in den Kitaplatzausbau.
- Wir setzen die **Sanierung von Kitas, Schulen, Sportstätten und Spielplätzen** fort und haben zusätzliche Mittel dafür bereitgestellt.
- **2.700 Lehrerinnen und Lehrer** sind unbefristet neu eingestellt worden.
- Mit dem **Lückenschluss bei der Hortbetreuung** erhalten Kinder mit festgestelltem Bedarf von 6.00 bis 18.00 Uhr Ganztagsangebote an den Grund- und Sonderschulen – auch an Ferientagen.
- Durch das Gesetz zur **Ganztagsbetreuung von Kindern und Jugendlichen mit schweren Behinderungen** kann auch über die Grundstufe hinaus bis zum Schulabschluss ergänzende Förderung und Betreuung angeboten werden.
- Mit der **verpflichtenden Sprachstandsfeststellung** werden Eltern bei Nichtteilnahme ihres Kindes mit einem Bußgeld belegt. Denn das Beherrschen der Sprache ist Voraussetzung für den Bildungserfolg.
- Das **Brennpunktschulprogramm** bietet 218 Berliner Schulen mit besonderen Belastungen die Möglichkeit, mehr Mittel zur Unterstützung des Schulalltags auszugeben, zum Beispiel für Schulsozialarbeit, Sprachmittlerinnen und -mittler, Anti-Gewalt-Training oder Mediation.
- Obwohl die Bundesregierung die dringend benötigten Fördermittel gestrichen hat, erhalten wir die **Schulsozialarbeiterstellen** und finanzieren sie aus Landesmitteln.
- Wir setzen auf eine **konsequente Durchsetzung der Schulpflicht**, z.B. mit Schulversäumnisanzeigen, elektronischem Klassenbuch und verbindlichen Eltern-Klassenlehrergesprächen.
- Für die **Beschulung von Flüchtlingskindern** ohne Deutschkenntnisse haben wir die Haushaltsmittel auf 400.000 Euro verdoppelt.



Emre will studieren –
Er wünscht sich, dass alle
jungen Menschen Perspek-
tiven für die beste persönliche
Ausbildung erhalten. Dafür
arbeiten wir.

- Für die Gründung weiterer **Familienzentren** in den Berliner Bezirken stehen 2,6 Millionen Euro zur Verfügung. Mit den Angeboten für Eltern und Kinder in den Kiezen wollen wir den Zugang zu Bildung weiter verbessern.
- Weil jedes Kind gesunde und leckere Mahlzeiten bekommen soll, haben wir die **Qualität des Schulmittagessens** verbessert.
- Mit den **Hochschulverträgen** sind die Berliner Hochschulen und Fachhochschulen für die kommenden Jahre finanziell abgesichert und haben Planungssicherheit. Bis 2017 steigt der Etat für die Hochschulen um 122 Millionen Euro.
- Berlin hat mit der Freien Universität und der Humboldt-Universität **zwei Exzellenzuniversitäten** von bundesweit elf. Dazu kommen vier Exzellenz-Cluster und neun Graduiertenschulen.
- Mit der **Einstein Stiftung** bündeln wir herausragende Forschungsbereiche, die sich innerhalb und außerhalb der Universitäten befinden. Wir haben die Einstein Stiftung mit 7 Millionen Euro zusätzlich gestärkt.
- Berlin hält mit 29 Prozent den **Spitzenplatz beim Anteil der Professorinnen**. 72 Frauen wurden 2013 neu berufen.
- Mit der **Sportprofilquote** für zulassungsbeschränkte Studiengänge wird Spitzensportlerinnen und -sportlern aus der Region der Zugang zum Hochschulstudium erleichtert.
- Wir haben die Mittel für die wichtige Arbeit der **Musikschulen** in den Bezirken ab 2014 um 2,5 Millionen Euro pro Jahr erhöht.
- In Berlin gibt es **keine Studiengebühren** und die drei Kitajahre vor der Einschulung sind beitragsfrei – wir halten an der **beitragsfreien Bildung** für alle fest.

15 Millionen Euro

für die Brennpunktschulen

10.000

neue Kitaplätze

10 Millionen Euro

für das Kita- und Spielplatz-
Sanierungsprogramm

2.700

Lehrerinnen und Lehrer neu eingestellt

Mehr als 164.000

Studierende an den Berliner Hochschulen

**64
Millionen Euro
für das Schul- und
Sportstätten-
Sanierungsprogramm**



Berlins Wirtschaft ist auf Erfolgskurs. Die Stadt hat sich für David und viele andere Bürger und Unternehmen zu einem attraktiven Standort entwickelt.

In den vergangenen Jahren ist Berlin wirtschaftlich stärker als die anderen Bundesländer gewachsen. Berlin wird Wachstumsmotor im Osten Deutschlands. Unsere Politik für mehr Arbeitsplätze verbinden wir mit dem Ziel fairer Arbeitsbedingungen.

- Im Ausschreibungs- und Vergabegesetz wurde der **Mindestlohn** auf 8,50 Euro als Bedingung für die Auftragsvergabe angehoben. Unser neu beschlossenes **Landesmindestlohngesetz** geht darüber hinaus: Überall dort, wo das Land Berlin wirtschaftlich Einfluss hat (z.B. bei Eigenbetrieben, Anstalten des öffentlichen Rechts und Beteiligungen, Zuwendungsempfängern) wird der Mindestlohn durchgesetzt.
- Im Vergabegesetz konnten wir als SPD-Fraktion eine Klausel durchsetzen, nach der Auftragnehmer des Landes Berlin **gleichen Lohn für gleiche Arbeit** zahlen müssen. Damit können bei öffentlichen Aufträgen keine unterschiedlichen Löhne **in Ost und West** gezahlt werden. Gleichzeitig wirkt diese Klausel auch gegen ungleiche Bezahlung von **Männern und Frauen**.
- Wir haben die **Leiharbeit** in landeseigenen Betrieben begrenzt. Sie ist künftig nur noch als Ausnahme erlaubt und darf nicht dauerhaft eingesetzt werden.
- Mit der **Berliner Joboffensive** hat das Land Berlin in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit mehr als 37.000 Berlinerinnen und Berliner aus Hilfebezug in Arbeit gebracht, so dass das Programm als bundesweit vorbildlich gilt und in den Regelbetrieb überführt wurde.
- Mit einem neuen Landesrahmenprogramm werden 67 **Integrationslotsinnen und -lotsen** beschäftigt; es ergänzt die bestehenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, durch die weiterhin auch die **Stadtteilmütter** gefördert werden.
- Wir haben die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Berlin Partner mit der Innovationsagentur der Technologiestiftung TSB fusioniert. Berlin hat nun eine **einheitliche Wirtschaftsförderstruktur** und eindeutige Ansprechpartner.
- Für das Berliner **Handwerk** wurde ein berlinweit geltender einheitlicher Parkausweis eingeführt. Darüber hinaus haben wir die Meistergründungsprämie für Existenzgründungen im Handwerk abgesichert.
- Berlin ist **Gründerhauptstadt**. Wir wollen mit einer stärkeren Vernetzung ansässiger Unternehmen mit der hiesigen **Startup-Szene** und mit der Wissenschaft neue Synergien freisetzen.
- Der Flughafen Tegel wird zu einem **Forschungs- und Industriepark** für Zukunftstechnologien. Wir haben die Konzepte und die Haushaltsmittel dafür bereit gestellt, so dass es nach dem Ende des Flugbetriebs eine schnelle Nachnutzung geben wird.

40.000

Unternehmensgründungen pro Jahr machen Berlin zur deutschen Gründerhauptstadt.

8 Prozent

weniger Arbeitslosigkeit seit 2005
(von 19 auf 11 Prozent)

1,24 Millionen

Berlinerinnen und Berliner waren im September 2013 sozialversicherungspflichtig beschäftigt.
Das sind 2,5 Prozent mehr als ein Jahr zuvor.

1,2 Prozent

ist die Berliner Wirtschaft 2012 gewachsen – gegenüber 0,7 Prozent in ganz Deutschland.

Über 25 Millionen

Übernachtungen – damit hat Berlin eine neue Höchstmarke beim Tourismus erreicht.

8,50 Euro
Mindestlohn für
städtische Aufgaben



Wir haben die Neuverschuldung gestoppt! Mit weniger Schulden ist Berlin eine stabilere Stadt und gibt Bürgern wie Gernot die Sicherheit, dass Berlin seine Leistungen für die Gesellschaft weiter gut erbringen kann.

Stabile Finanzen sind ein Markenzeichen der SPD-Fraktion. Seit vielen Jahren haben wir Berlins Neuverschuldung gesenkt – jetzt können wir sogar alte Schulden abbauen. Das spart Zinsen in der Zukunft und stärkt die Handlungsfähigkeit der Stadt.

- Wir haben die erfolgreiche Konsolidierung des Landeshaushalts fortgesetzt. Seit 2012 macht das Land Berlin **keine neuen Schulden**. 2013 konnte ein Haushaltsüberschuss in Höhe von 476 Millionen Euro erwirtschaftet werden. Diese Summe wird zur Tilgung von Schulden eingesetzt.
- Für die Jahre 2014/2015 haben wir einen **ausgeglichene Haushalt** verabschiedet. Berlin kommt nicht nur ohne neue Schulden aus, der vom Parlament verabschiedete Haushaltsplan sieht sogar für die Jahre 2014 und 2015 eine weitere **Tilgung** der Schulden in Höhe von rund 316 Millionen Euro vor.
- Weniger Schulden bedeuten für Berlins Zukunft **mehr Handlungsfähigkeit**. Selbst bei den aktuell niedrigen Zinsen bewirkt der Abbau von Schulden Fortschritte für Berlin. Eine Milliarde Euro weniger Schulden sparen pro Jahr etwa 30 Millionen Euro an Zinsen – Geld, das in Berlin für eine gute Daseinsvorsorge, Wohnungsbau, Sicherheit oder Bildung ausgegeben werden kann.
- Wir setzen auf den Erhalt der **öffentlichen Infrastruktur**: Das Programm für die **Sanierung von Schulen und Sportstätten** haben wir auf 64 Millionen Euro verdoppelt und führen es in dieser Höhe fort. Das **Schlaglochprogramm** wird mit 25 Millionen Euro pro Jahr finanziert. Ein neues Programm für die **Sanierung von öffentlichen Kitas** in Höhe von 10 Millionen Euro wurde aufgelegt.
- Statt in den Schulden zu bleiben, haben wir dauerhafte neue Ausgaben durch Einnahmen finanziert: Mit einer Steuer für private Übernachtungen, der **City Tax**, schaffen wir – wie viele andere Städte – ein Instrument, mit dem die Erfolge beim Tourismus auch dem Gemeinwohl zu Gute kommen. Wir haben im Einklang mit den anderen Bundesländern die **Grunderwerbssteuer** auf 6 Prozent des Kaufpreises angehoben. Diese Steuer fällt einmalig beim Erwerb von Immobilien an – ohne die Mieten zu belasten.
- Berlin ist in die **Tarifgemeinschaft der Länder** zurückgekehrt. Damit wird das Bezahlungs- und Arbeitszeitniveau der Angestellten im öffentlichen Dienst schrittweise an die anderen Bundesländer angeglichen. Auch für die Berliner Beamten haben wir Verbesserungen erreicht. 2012/13 sind die Besoldungen um 2 Prozent gewachsen. 2014/15 wachsen die Besoldungen jeweils um 2,5 Prozent.

Mehr als 85 Milliarden Euro Schulden

hätte Berlin, ohne den Konsolidierungskurs der SPD-Fraktion heute.*

Aufgrund unserer Politik für stabile Finanzen liegt der Schuldenstand Anfang 2014 bei etwa 61,5 Milliarden Euro – mit sinkender Tendenz. Das zahlt sich für die Bürgerinnen und Bürger direkt aus: Ca. 600 Millionen Euro gesparte jährliche Zinszahlungen werden in Bildung, Infrastruktur und Wohnungsbau investiert.

2,5 Milliarden Euro

gibt Berlin pro Jahr für seine Kitas aus, damit Berlin Spitze bleibt in der frühkindlichen Bildung – und das beitragsfrei.

57,3 Millionen Euro

Überschuss haben die Bezirke 2012 erwirtschaftet.

250,5 Millionen Euro

Um diese Summe ist der Bezirksplafond zwischen 2012 und 2014 gewachsen.

Rund 4,4 Milliarden Euro

pro Jahr gibt Berlin für die Bildung aus – und setzt hier den größten Schwerpunkt bei den verfügbaren Haushaltsmitteln.

*Basis ist eine Ausgabenentwicklung im Vergleich der anderen Bundesländer seit 2002, Zins- und weitere Effekte aufgrund möglicher Abstufungen an den Finanzmärkten sind in diesem Szenario nicht enthalten.

476
Millionen Euro
Überschuss konnte Berlin 2013 erwirtschaften. Diese Summe wird zur Tilgung von Schulden eingesetzt.



Ina und Willem fühlen sich wohl in ihrem Kiez. Wir tun viel für mehr Lebensqualität im Wohnumfeld und bezahlbare Mieten in ganz Berlin.

Um Berlins Wachstum zu organisieren, wollen wir besseren Mieter-schutz und mehr bezahlbare Wohnungen in öffentlicher Hand. Damit die Stadt lebenswert und liebenswert bleibt, auch für Bürgerinnen und Bürger mit mittleren und geringen Einkommen.

- Die **Zahl der landeseigenen Wohnungen** ist in zwei Jahren bereits um 15.000 gestiegen. Insgesamt verfügt Berlin derzeit über rund 285.000 landeseigene Wohnungen, weitere 3.500 Wohnungen werden neu gebaut.
- Für den **Neubau bezahlbarer Wohnungen** haben wir einen Wohnungsbaufonds in Höhe von 320 Millionen Euro geschaffen. Damit wird der Wohnungsbau von den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, von Genossenschaften und von privaten Bauherren gefördert.
- Wir haben ein Programm für mehr **landeseigene Wohnungen** beschlossen. Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften werden bis 2018 mindestens 775 Millionen Euro für den Wohnungsbau mobilisieren, davon 175 Millionen Euro Eigenkapital und 600 Millionen Euro Fremdkapital.
- Mit einer **Sprinterprämie** sorgen wir dafür, dass bestandsfähige Baugenehmigungen von den Bezirken schneller erteilt werden. Außerdem erhalten die Bauämter mehr Mitarbeiter für diese Aufgabe.
- Mieterinnen und Mieter haben jetzt einen zehnjährigen **Kündigungsschutz**, wenn ihre Mietwohnung in eine Eigentumswohnung umgewandelt und anschließend verkauft wird.
- Mit der **Begrenzung von Mieterhöhungen bei den landeseigenen Wohnungen** darf die Miete dort nur noch bis zu 15 Prozent in 4 Jahren erhöht werden. Die Modernisierungsumlage ist ebenfalls begrenzt worden von 11 auf nur noch 9 Prozent.
- Mit dem **Zweckentfremdungsverbot** sorgen wir dafür, dass weniger Ferienwohnungen entstehen und mehr Raum zum Wohnen bleibt.
- Das **Tempelhofer Feld** bietet auch in Zukunft eine große grüne Parklandschaft mit Erholungs- und Freizeitmöglichkeiten. An den äußeren Rändern sollen neue und bezahlbare Wohnungen entstehen.
- Die SPD-Fraktion hat sich in den vergangenen Jahren dafür eingesetzt, dass **Kleingartenflächen** erhalten bleiben. Auch bei steigendem Flächenbedarf für mehr Wohnungsbau halten wir an diesem Ziel fest.
- Für **10.000 neue Stadtbäume** werden gespendete Bäume aus Landesmitteln mitfinanziert. Dafür stellen wir 1,5 Millionen Euro bereit.
- 5 Millionen Euro werden für einen **Erlebnisspielplatz im Berliner Tierpark** investiert.
- Für **bessere und neue Radwege** stehen 7 Millionen Euro zur Verfügung. Alle **Busse der BVG** und rund 100 **U-Bahnhöfe** sind barrierefrei.

320 Millionen Euro

im Wohnungsneubaufonds

Programm für

10.000 neue Straßenbäume

230 Hektar Parklandschaft

Tempelhofer Feld

72 neue Stellen

stellt das Land Berlin für die Erteilung von
Baugenehmigungen bereit.

300 Plätze

für das Freiwillige Ökologische Jahr

**775
Millionen Euro**
investieren die landeseigenen
Wohnungsbaugesellschaften
in den Neubau von bezahlbaren
Wohnungen.



Christine wünscht sich soziale Gerechtigkeit für Berlin – Wir arbeiten daran, dass das Gemeinwohl über privatem Gewinnstreben steht!

Eine gute und sozial gerechte Daseinsvorsorge für alle Berlinerinnen und Berliner ist uns wichtig. Deshalb haben wir einen stärkeren Einfluss des Staates bei Unternehmen der Daseinsvorsorge durchgesetzt:

- Wir haben die **Berliner Wasserbetriebe vollständig zurückgekauft** – denn das Wasser gehört in öffentliche Hand. Damit kommt die SPD-Fraktion dem Willen der Berlinerinnen und Berliner nach einer Wasserversorgung in kommunaler Hand nach und macht die Fehler der Privatisierungspolitik rückgängig.
- Die **Wasserpreise wurden dauerhaft gesenkt**. Der Tarif für Frischwasser wurde um 15 Prozent gesenkt. Seit 2012 haben alle Wasserkunden die Preissenkung bereits als pauschale Erstattung erhalten.
- Das Abgeordnetenhaus hat die **Gründung eines Stadtwerks** beschlossen. Das entsprechende Gesetz sieht ein wirtschaftliches, transparentes und ökologisch arbeitendes öffentliches Unternehmen vor, das als Tochter der Berliner Wasserbetriebe gegründet wird. Derzeit befindet sich das Berliner Stadtwerk in der Startphase.
- Das Land Berlin bewirbt sich mit einem eigenen Unternehmen bei der Neuausschreibung der **Stromnetze**. Ziel ist ein dem Gemeinwohl verpflichtetes Stromnetz und mehr Einfluss auf eine sichere und wirtschaftliche Berliner Stromversorgung.
- Unsere **neue Liegenschaftspolitik** setzt auf städtische Interessen und hat den Verkauf der landeseigenen Grundstücke zum Zweck der Haushaltskonsolidierung beendet. Die landeseigenen Grundstücke dienen dem Wohnungsbau, der Wirtschaftsansiedlung, als Flächen für Schulen und Kitas in der wachsenden Stadt, für die Kultur und für die soziale Infrastruktur. In der Folge haben wir mehr Transparenz, mehr parlamentarische Kontrolle und mehr Gemeinwohl bei der Liegenschaftspolitik.
- Die Berliner Bäderbetriebe haben mehr Geld für die **Sanierung von Schwimmbädern** erhalten, außerdem haben wir die Zuschüsse für den laufenden Betrieb erhöht.
- Wir haben den **Superferienpass** gesichert. Damit haben Kinder und Jugendliche freien Eintritt in allen Bädern der Berliner Bäderbetriebe. Hinzu kommen viele weitere Angebote aus den Bereichen Sport, Kultur und Freizeitgestaltung.

37 Schwimmhallen

in den Berliner Kiezen

5,5 Millionen Euro

investieren wir in die Startphase des neuen Berliner Stadtwerks.

188,4 Millionen Euro

betrug der Gewinn der großen landeseigenen Beteiligungen 2012.

Um 2 Milliarden Euro

ist das Vermögen der öffentlichen Unternehmen Berlins zwischen 2008 und 2012 gestiegen.

Über 48.000 Berlinerinnen und Berliner

sind bei den landeseigenen Unternehmen Vivantes, Charité, BVG, BSR und Berliner Wasserbetriebe beschäftigt.

15-prozentige Senkung des Frischwasserpreises



Lino wünscht sich eine sichere Stadt – und um allen Berlinerinnen und Berlinern diese Sicherheit zu geben, gehen wir weiter konsequent gegen Kriminalität und deren Ursachen vor.

Berlin ist eine der sichersten Metropolen Europas – doch Sicherheit bleibt eine stetige Aufgabe. Unsere Politik zielt auf eine spürbare Verstärkung von Polizei und Justiz ab – damit sich alle in Berlin sicher fühlen können.

- Wir haben Haushaltsmittel bereitgestellt für **mehr Personal** bei der Polizei (+350 Stellen), der Feuerwehr (+80 Stellen), dem Landeskriminalamt (+10 Stellen), der Staatsanwaltschaft (+28 Stellen) und dem Objektschutz (+130 Stellen).
- Eine eigene **Schwerpunkt Abteilung Cyberkriminalität** bei der Berliner Staatsanwaltschaft soll Straftaten im Internet besser bekämpfen wie z.B. Bankdatendiebstahl und Kinderpornographie.
- Mit der einheitlichen **48-Stunden-Speicherfrist** für die Videoüberwachung in Bussen, Bahnen und Bahnhöfen können Straftäter schneller ermittelt werden.
- Das erfolgreiche Pilotprojekt **Handyblocker** wird auf die Untersuchungshaft in Berlin ausgedehnt, damit keine weiteren Straftaten mit dem Mobiltelefon organisiert oder Zeugen beeinflusst werden können.
- Wir haben die Zahl der **Jugendarrestplätze verdoppelt**, damit straffällige Jugendliche zeitnah eine Reaktion auf ihre Taten erfahren und verstehen, dass Kriminalität keine Zukunftsperspektive hat.
- Mit dem **Opferschutzbeauftragten** erhalten Opfer von Straftaten eine effektivere Unterstützung.
- Wir haben gemeinsam mit den anderen Bundesländern einen **Verbotsantrag gegen die NPD** beim Bundesverfassungsgericht gestellt.
- Die neu eröffnete **Justizvollzugsanstalt Heidering** ist eine der modernsten Haftanstalten Europas. Eine gelungene Resozialisierung von Straftätern ist der beste Schutz der Bevölkerung vor neuen Straftaten.
- Mit dem neuen **Gesetz zur Sicherungsverwahrung** können Straftäter, die nach Verbüßung ihrer Strafe weiter eine Gefahr für die Öffentlichkeit darstellen, auf dem Gelände der JVA Tegel untergebracht werden.
- Über das **Online-Portal „Maerker“** können Anwohnerinnen und Anwohner den Ordnungsämtern z.B. illegal entsorgten Müll oder defekte Ampelanlagen melden. Der Bearbeitungsstand kann im Internet verfolgt werden.
- Wir sorgen auch für **mehr Verbraucherschutz**, z.B. mit dem besseren Schutz gegen den Erwerb von „Schrottimmobilien“, mit mehr Transparenz bei der Bestellung von Insolvenzverwaltern und unserer Bundesratsinitiative für die Begrenzung von Kreditzinsen. Die Verbraucherzentrale Berlin erhält mehr Geld für ihre Arbeit.

80 zusätzliche Stellen

bei der Berliner Feuerwehr

28 neue Staatsanwältinnen und Staatsanwälte

für eine effektive Strafverfolgung

14 Tage

vor der Unterschrift muss der Immobilienkaufvertrag
beim Käufer vorliegen.

48 Stunden

Speicherfrist für Videoüberwachung für mehr
Sicherheit im öffentlichen Nahverkehr

1.284.000 Euro

erhält die Verbraucherzentrale Berlin jährlich.

350 neue Stellen bei der Berliner Polizei



Kunst und Kultur gehören nicht nur für Margarete und ihren Sohn Marco fest zu Berlin. Deswegen fördern wir die international anerkannte Kunstmetropole Berlin mit vielfältigen Maßnahmen.

Berlin gilt weltweit als das kreative Zentrum Deutschlands – und das zu Recht. Wir setzen seit Jahren einen Schwerpunkt auf die stetige Weiterentwicklung einer vielfältigen Kulturlandschaft – von den großen Bühnen und Museen bis hin zur freien Szene.

- Über 430 Millionen Euro gibt Berlin für seine **herausragende Kultur** in den Bereichen Bühne und Tanz, Museen und Gedenkstätten, Chöre und Orchester, bildende Kunst sowie Literatur und Bibliotheken aus.
- Unser Programm zur **kulturellen Bildung** führt Kinder und Jugendliche an das kulturelle Leben heran. Wie ein feinädriges System umfasst es die großen Kultureinrichtungen der Stadt bis hin zu den kulturellen Angeboten der Bezirke. Aufgrund des großen Erfolgs haben wir das Programm verstärkt.
- Mit einem Ausstellungsfonds stärken wir die **kommunalen Galerien** als Standorte für die Präsentation zeitgenössischer bildender Kunst. Pro Bezirk bedeutet das 20.000 Euro jährlich mehr für diese Arbeit.
- Wir haben einen **Preis für Präsentations- und Projekträume geschaffen**, der das interdisziplinäre Kunst- und Kulturangebot der freien Szene honoriert.
- Wir haben die Zuschüsse für die **Strukturförderung der freien Szene** ab 2014 um 1 Million Euro pro Jahr erhöht. Davon werden 400.000 Euro für die Einrichtung eines Eigenmittelfonds, 300.000 Euro für einen Wiederaufnahmefonds und weitere 300.000 Euro für die Aufstockung der Basisförderung verwendet.
- Wenn die Einnahmen aus der **City Tax** höher sind als erwartet, werden wir ein Drittel der über 25 Millionen Euro hinausgehenden Einnahmen für die Förderung der Freien Szene aufwenden.
- Das Ateliergebäude der **Bernhard-Heiliger-Stiftung** wird zu einem Ausstellungshaus umgebaut und die künstlerische Epoche der Skulpturen deutscher Nachkriegszeit präsentieren.
- Mit der Grundsteinlegung im Juni 2013 nimmt sowohl der Bau als auch das Konzept des **Humboldt Forums** (Stadtschloss) Form an – und ist damit das größte kulturpolitische Projekt in Deutschland.
- Seit Anfang 2013 unterstützt das **Musicboard** die aufstrebende Popmusikszene Berlins, ab 2014 mit 1,5 Millionen Euro pro Jahr.
- Wir unterstützen die **Kulturwirtschaft**, zum Beispiel mit der Berlin Art Week und der Berlin Music Week. Neben Mikrokrediten und dem Venture Capital Fonds Kreativwirtschaft bietet die Investitionsbank Berlin auch ein Coaching Bonusprogramm an.

100 neue Ateliers

für unabhängige Künstlerinnen und Künstler

25 neue Musikproberäume

stärken die kulturelle Infrastruktur.

**176 Museen und Gedenkstätten sowie
55 Ausstellungshäuser**

470 Galerien

gibt es in Berlin.

100 Kinos mit 300 Leinwänden –

Berlin ist deutsche Kinohauptstadt, sowohl bei den
Programm- als auch den Mainstream-Kinos.

Rund **16**
Millionen Mal
wurden 2012 die
Berliner Museen und
Gedenkstätten
besucht.



Wir helfen Menschen: Mobilitätshilfedienste, Pflegestützpunkte, Besuchsdienste – Andreas ist froh, dass es diese Angebote für alle Berlinerinnen und Berliner gibt.

Berlin hilft Menschen in besonderen sozialen Lagen, zum Beispiel bei Pflegebedürftigkeit, Behinderungen oder Wohnungslosigkeit. Wir entwickeln unsere Sozialpolitik stetig weiter und passen sie dem Bedarf der Menschen in unserer Stadt an.

- Mit dem **Berlinpass** bekommen alle, die Hartz IV, Sozialhilfe, Grundsicherung oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, vergünstigten Eintritt bei Kultur, Sport und Freizeit.
- Wir haben die **Wohnaufwendungsverordnung** sozial gestaltet und die Richtwerte für Mieten und Heizkosten von Langzeitarbeitslosen und Erwerbsunfähigen angehoben – so konnte fast immer vermieden werden, dass Berlinerinnen und Berliner wegen zu hoher Wohnkosten umziehen müssen. Die Richtwerte passen wir den Anforderungen an.
- Unsere **Mobilitätshilfedienste** unterstützen ältere Menschen, die ihre Wohnung ohne Hilfe nicht mehr verlassen können. Das Personal leistet Hilfe beim Treppensteigen und begleitet zu Terminen. So bleiben die alten Menschen mobil und können länger eigenständig leben.
- Berlins **Pflegestützpunkte** sind Anlaufpunkte für die Pflegeberatung in Berlin – damit Familien die beste Einrichtung für ihre zu pflegenden Angehörigen finden.
- **Besuchsdienste** für Alte, Kranke oder Alleinlebende mit nur geringen sozialen Kontakten verringern soziale Isolation, verkürzen Krankenhausaufenthalte und vermeiden Heimunterbringungen.
- Berlins **Freizeit- und Beratungsangebote für Menschen mit Behinderung** unterstützen die Betroffenen bei der Gestaltung eines selbstbestimmten Lebens, fördern die Teilhabe am Alltagsleben und vermeiden Vereinsamung.
- Berlin finanziert Beratungs- und Versorgungsangebote wie das **Kältehilfe-Telefon, Straßensozialarbeit, Bahnhofsdienste, ambulante medizinische Versorgung und Notübernachtungen für Wohnungslose**.
- **Stadtteilzentren** und die dazu gehörenden Selbsthilfe-, Kontakt- und Beratungsstellen bieten die Voraussetzungen für soziale Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement. Das Angebot ist an den Bedürfnissen der Kieze und Stadtteile ausgerichtet.
- Berlin hilft **Flüchtlingen**, die in ihren Herkunftsländern verfolgt oder gefährdet sind. Bereits jetzt lebt mehr als die Hälfte von ihnen in Wohnungen. Gemeinsam lässt sich die Aufgabe, für Flüchtlinge und Asylbewerber Unterkünfte bereitzustellen, leichter bewältigen. Land und Bezirke haben deshalb die gleichmäßige Verteilung in ganz Berlin vereinbart.

12,9 Millionen Euro

des Integrierten Sozialprogramms unterstützen die soziale Infrastruktur – für Migrantensozialdienste, Altenhilfe, Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe, Unterstützung von Menschen mit Behinderung sowie Förderung von Ehrenamt und Selbsthilfe.

13 Mobilitätshilfedienste

unterstützen ältere Menschen, die ihre Wohnung ohne Hilfe nicht mehr verlassen können.

27 Pflegestützpunkte

informieren über die pflegerische Versorgungsstruktur in Berlin.

20 Besuchsdienste

kümmern sich um Alte, Kranke oder Alleinlebende mit nur geringen sozialen Kontakten.

31 Freizeit- und Beratungsangebote

für Menschen mit Behinderung finanziert das Land Berlin.

15 Prozent
des Landeshaushalts
gibt Berlin für
gesetzliche soziale
Aufgaben aus.



Wir sorgen für eine gute gesundheitliche Versorgung für Jakob, seine Eltern und alle Berlinerinnen und Berliner.

Wir arbeiten dafür, dass in ganz Berlin ausreichend Ärzte niedergelassen sind. Mit unserem Schwerpunkt auf die Prävention setzen wir uns für ein gesundes Leben und Altern ein. Berlin soll weiterhin Spitze in der gesundheitlichen Versorgung bleiben.

- Wir haben eine Initiative zu einer **bedarfsgerechteren Versorgung mit Haus- und Fachärzten** gestartet. Im Ergebnis wird die Versorgungsstruktur in der Stadt ausgewogener und das Prinzip der wohnortnahen Versorgung wird für alle Arztgruppen konsequent umgesetzt.
- Die **Charité** und **Vivantes** sichern für Berlin hervorragende Medizin in öffentlicher Hand ab. Mit umfangreichen Investitionen an der Charité, am Campus Benjamin Franklin und beim Virchow-Klinikum trägt das Land Berlin auch in Zukunft Verantwortung für eine gute medizinische Daseinsvorsorge.
- Die **Gesundheitswirtschaft** ist ein Wachstumsmotor für Berlin. Mit einer gezielten Ansiedlungspolitik stärken wir die Wachstums- und Beschäftigungspotenziale im Gesundheitssektor weiter.
- Der **Stadtplan der Gesundheitsförderung** erfasst die verschiedenen Aktivitäten und identifiziert fachliche Best-Practice-Beispiele. Mit dem **Aktionsprogramm Gesundheit** erhöhen wir das Niveau der Gesundheitsförderung in Berlin. Initiativen für sozialräumlich orientierte Präventionsketten werden gebündelt und unterstützt.
- Mit dem **Integrierten Gesundheitsprogramm** sichern wir Angebote der Gesundheitsversorgung und Prävention langfristig ab. Ziel ist es, die Gesundheitsförderung, die Prävention und die Versorgung im Land Berlin weiter zu entwickeln.
- Berlin fördert für besondere gesundheitliche Bedarfslagen **helfende Projekte** – zum Beispiel bei chronischen und psychischen Erkrankungen, der **therapeutischen Versorgung behinderter Schulkinder**, Schnelltests bei **HIV/Aids**, **Telefonseelsorge** sowie bei der **Suchtprävention** und der Betreuung Suchtkranker.
- Die **Hotline Kinderschutz** bietet jetzt Beratung in vier Sprachen: Deutsch, Türkisch, Arabisch und Russisch.

220.000 Beschäftigte

arbeiten in der Berliner Gesundheitswirtschaft.

Mehr als 100 Projekte

werden mit dem Integrierten Gesundheitsprogramm zur Gesundheitsversorgung und Prävention langfristig abgesichert. Rund 11,5 Millionen Euro werden jährlich dafür zur Verfügung gestellt.

12 Beratungs- und Koordinierungsstellen

zur Prävention und Gesundheitsversorgung im Bereich HIV/Aids und anderer sexuell übertragbarer Krankheiten

8.463 Betten

haben die landeseigenen Gesundheitsunternehmen Charité und Vivantes.

Mit 837.000 Euro pro Jahr

finanziert Berlin das neue Aktionsprogramm Gesundheit.

Mehr als 1,2 Millionen Mal

wurden im Jahr 2012 Patientinnen und Patienten in den landeseigenen Gesundheitsunternehmen Vivantes und Charité behandelt.



47 für Berlin: Die Abgeordneten der SPD-Fraktion

Charlottenburg-Wilmersdorf

Franziska Becker
Frank Jahnke
Ulker Radziwill
Frédéric Verrycken

Friedrichshain-Kreuzberg

Björn Eggert
Sven Heinemann
Dr. Susanne Kitschun

Lichtenberg

Karin Halsch
Ole Kreins
Birgit Monteiro

Marzahn-Hellersdorf

Sven Kohlmeier
Liane Ollech
Iris Spranger

Mitte

Thomas Isenberg
İlkin Özışık
Ralf Wieland
Bruni Wildenhein-Lauterbach

Neukölln

Kirsten Flesch
Joschka Langenbrinck
Erol Özkaraca

Pankow

Dennis Buchner
Nikolaus Karsten
Rainer-Michael Lehmann
Alex Lubawinski
Sandra Scheeres
Torsten Schneider
Dr. Clara West

Reinickendorf

Thorsten Karge
Brigitte Lange
Jörg Stroedter

Spandau

Daniel Buchholz
Burgunde Grosse
Raed Saleh

Steglitz-Zehlendorf

Dr. Michael Arndt
Dr. Ina Czyborra
Irene Köhne
Andreas Kugler

Tempelhof-Schöneberg

Dilek Kolat
Michael Müller
Lars Oberg
Frank Zimmermann

Treptow-Köpenick

Renate Harant
Ellen Haußdörfer
Andy Jauch
Karlheinz Nolte
Robert Schaddach
Tom Schreiber



Impressum:

SPD-Fraktion
des Abgeordnetenhauses von Berlin
Niederkirchnerstraße 5
10117 Berlin

Tel. (030) 23 25 22 22
Fax: (030) 23 25 22 29

spd-fraktion@spd.parlament-berlin.de
www.spdfraktion-berlin.de
www.facebook.com/spdfraktionberlin

V.I.S.d.P: Torsten Schneider, Parlamentarischer Geschäftsführer

Fotos: shutterstock (S. 1 + 2), Markus Wächter (S. 4),
Tempelhof Projekt GmbH (S. 46), Wendelburg GmbH
Agentur: Wendelburg GmbH
Druck: Lochmann grafische Produktion GmbH

17. Wahlperiode/Januar 2014